

Moderne Armee wird Realität

Bundeswehr wird leistungsfähiger

Die Reformpläne der christlich-liberalen Koalition stehen, nun kann die Bundeswehr der Zukunft zur Realität werden. Die Streitkräfte werden künftig effizienter arbeiten und ihrem Auftrag besser entsprechen. Bei der Vorstellung des Konzepts für die Modernisierung der Truppe dankte Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière seinem Amtsvorgänger ausdrücklich.

Die umfassendste Modernisierung in der Geschichte der Bundeswehr hat begonnen. Am vergangenen Mittwoch präsentierte Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière die Grundzüge der Bundeswehrreform. Die christlich-liberale Koalition hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Organisation der Truppe stärker daran auszurichten, was die Bundeswehr im 21. Jahrhundert leisten muss. Nach Einschätzung des Verteidigungsministers tragen die Strukturen aus der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr. „Wir haben zu viele Stäbe und damit auch zu viele Generalsterne. Wir haben zu viele Vorschriften und zu wenige Entscheidungen ohne Vorschrift.“ Vor diesem Hintergrund dankte der Minister seinem Amtsvorgänger, Karl-Theodor zu Guttenberg, für seinen Impuls zu einer weitreichenden Strukturreform der Bundeswehr: „Das ist sein Verdienst.“

Ausgangspunkt der Bundeswehrreform ist die klare Definition des Auftrags an die Truppe der Zukunft. Daher veröffentlichte das Verteidigungsministerium ebenfalls vergangene Woche neue verteidigungspolitische Leitlinien. Darin bekennt sich die unionsgeführte Bundesregierung zu einer wertefundierten Verteidigungspolitik sowie zu Deutschlands globaler Verantwortung für Frieden und Wohlstand. Doch auch an einer zweiten wichtigen Voraussetzung für die neue Struktur der Bundeswehr ließ Verteidigungsminister de Maizière keinen Zweifel. „Auch

Sicherheit muss bezahlt werden, und zwar vom Steueraufkommen. Das begrenzt zu Recht Ausgabenwünsche und zwingt zur Konzentration auf das Notwendige.“

Das zentrale Kernstück der Reform bildet daher die Reduzierung auf weniger, aber umso besser ausgebildete und effizienter eingesetzte Soldaten. Künftig soll die Truppe fähig sein, sich mit 10.000 Frauen und Männern an bis zu zwei Einsätzen zu beteiligen; in einem der beiden Gebiete soll Deutschland auch Führungsverantwortung übernehmen können. Insgesamt soll es künftig maximal 185.000 Soldaten geben, darunter höchstens 170.000 Zeit- und Berufssoldaten. Die relativ stärksten Einsparungen will de Maizière aber im Ministerium vornehmen. Hier will er die Effizienz erheblich steigern und die Strukturen deutlich verschlanken. Rund 1.500 der bisher 3.500 dortigen Stellen sollen daher gestrichen werden.

Unterdessen verurteilte de Maizière den jüngsten Terroranschlag auf die Bundeswehr in Afghanistan aufs Schärfste. Der Verteidigungsminister zeigte sich vom Tod eines deutschen Soldaten berührt: „Dieser Anschlag trifft uns alle ins Herz.“ Die Bundeswehr musste seit 2001 insgesamt 49 gefallene Soldaten betrauern. De Maizière zeigte sich jedoch von den Fortschritten der Mission in Afghanistan überzeugt: „Der Einsatz unserer Soldaten verpflichtet uns, in unserem Einsatz für Frieden nicht nachzulassen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

jeder von uns ärgert sich, wenn er zur Tankstelle fährt und sieht, wie hoch die Spritpreise sind. Seit Jahren beobachten wir, wie oft und – fast gleichzeitig – Tankstellen der verschiedenen Marken die Preise für Benzin und Diesel raufsetzen. Besonders vor Wochenenden, vor Feiertagen und zum Ferienbeginn. Dies ist kein Zufall, wie uns die großen Mineralölkonzerne glauben machen wollen und dabei lediglich von „Marktbeobachtung“ sprechen. Der gesunde Menschenverstand signalisiert uns etwas anderes.



Wenn aber die Tankstellen – wie in Österreich – nur noch ein Mal am Tag und zur gleichen Zeit die Preise erhöhen dürfen, ist ein „Preisbeobachten und Nachziehen“ so wie heute ausgeschlossen. Denkbar ist aus meiner Sicht auch das australische Modell, wo die Tankstellen ihre Preisersteigerungen bereits einen Tag vorher ankündigen müssen. Den Kunden bliebe dann noch Zeit, zum alten Preis zu tanken und vor allem nach preiswerteren Alternativen zu suchen.

Das Bundeskartellamt hat vergangene Woche die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, die das „Bauchgefühl“ der Autofahrer bestätigt haben: Es gäbe auffällige Preismuster und die Spritpreise in Deutschland sind höher als nötig. Wie die Behörde gleichzeitig mitteilte, sollen – neben anderen Maßnahmen – auch Verfahren gegen einzelne Wettbewerber wegen Rechtsverstößen eingeleitet werden. Mehr freie Tankstellen könnten zudem Abhilfe schaffen.

Darum meine ich, dass es höchste Zeit ist, dem Spritkartell den Kampf anzusagen. Dem Griff nach dem Geldbeutel der Verbraucher muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Wirtschaftsweise stützen Regierungskurs

Stimme der Vernunft

Das überparteiliche Gremium der „Wirtschaftsweisen“ steht hinter der Rente mit 67. In ihrem jüngsten Bericht sprechen sich die Fachleute klar für eine nachhaltige Sicherung der Rente aus. Wesentliche Voraussetzung dafür sei jedoch die Berücksichtigung der demographischen Situation.

Der kürzlich vorgestellte Bericht der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ wirkt wie seine Vorgänger: Auf hunderten Textseiten bündeln die Fachleute – manche SPD-nah, manche mit Sympathien für die Union – unzählige Details der wirtschaftlichen Lage des Landes. Ein Satz auf Seite 157 sticht dabei aber ins Auge. Dort heißt es, eine Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung „würde zu einem sich selbst stabilisierenden Rentensystem führen und wäre mit langfristiger Planungssicherheit für alle Beteiligten verbunden.“ Die Rente ist also, um es einfach auszudrücken, sicher – allerdings unter einer wesentlichen Bedingung: Die 2007 von der Großen Koalition beschlossene schrittweise Erhöhung

des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre darf nicht aufgrund politischer Erwägungen fahren gelassen werden. Mit ihrer populistischen Forderung nach einer Rücknahme der Reform schaden SPD und die Linkspartei denen, als deren Beschützer sie sich gerieren: Die Versorgung des Durchschnittsrentners würde durch ein Zurückrudern in dieser Frage existenziell bedroht.

Die christlich-liberale Koalition wird das jedoch nicht zulassen. Sie wirbt stattdessen um Sympathie für eine einfache Rechnung: Als das umlagefinanzierte Rentensystem in den 1950er-Jahren eingeführt wurde, lag die Lebenserwartung in Deutschland unter 70 Jahren. Heute geborene Jungen werden durchschnittlich

mehr als 77 Jahre, Mädchen sogar gut 82 Jahre alt. Alle Bürgerinnen und Bürger haben also rund ein Jahrzehnt Lebenszeit hinzugewonnen – ein echter Grund zur Freude. Anpassungen im Rentensystem werden dadurch aber unausweichlich. Durch die gestiegene Lebenserwartung hat sich die Rentenbezugsdauer in Deutschland im letzten halben Jahrhundert in etwa verdoppelt. Der Durchschnittsdeutsche arbeitet also weiterhin so lange wie noch vor Jahrzehnten, lebt danach aber doppelt so lange von der Arbeit anderer. Daher hat die unionsgeführte Bundesregierung – unterstützt von der SPD – gehandelt. Die christlich-liberale Koalition wird bei dieser Haltung bleiben und somit dafür sorgen, dass der Generationenvertrag auch künftig trägt.

Diese Woche

Moderne Armee wird Realität Bundeswehr wird leistungsfähiger	1
Wirtschaftsweise stützen Regierungskurs Stimme der Vernunft	2
Christlich-liberale Koalition für die Familien Zukunftsmusik darf spielen	2
Energie für die kommenden Generationen Gemeinsamer Blick nach vorn	3
G8-Gipfel stärkt arabische Revolutionen Linksbündnis vernachlässigt Inhalte	4
Haushaltspolitik im Interesse aller Generationen Nachhaltigkeit statt Knalleffekt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Christlich-liberale Koalition für die Familien

Zukunftsmusik darf spielen

Wenn Kinder fröhlich spielen, wird es manchmal ein wenig lauter. Bisher hatte diese natürliche Gesetzmäßigkeit nicht selten unangenehme Folgen: Nachbarn klagten, Kindergärten durften nicht gebaut werden. Damit ist jetzt Schluss: Union und FDP haben die rechtliche Privilegierung von Kinderlärm durchgesetzt.

Der Bundestag hat eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beschlossen. Das neue Gesetz mit dem technischen Namen birgt eine wichtige Erleichterung für alle Familien in Deutschland: Kinderlärm von Kindergärten oder Spielplätzen wird künftig nicht mehr wie Lärm von Industrieanlagen behandelt. Diese Gleichsetzung hatte entsprechenden Klagen von Anwohnern bisher gute Erfolgchancen garantiert. Nun stellt das Gesetz klar, dass Kinderlärm im Regelfall keine „schädliche Umwelteinwirkung“ darstellt. Die Änderung hat auch Auswirkungen auf das Nachbarrecht: Auch hier ist Kinderlärm in Zukunft privilegiert. Damit setzen Union und FDP ein wichtiges Zeichen: Kinder gehören in die Mitte der Gesellschaft. Die unionsgeführte Bundesregierung plant sogar einen

weiteren Schritt auf diesem Weg: Kindertagesstätten in Wohngebieten sollen baurechtlich zulässig werden. Auch diese Initiative dient dem Ziel der Kinderbetreuung vor Ort.

Die Änderung des Immissionsschutzgesetzes geht auf die Anregung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zurück. Bereits auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth vom Januar 2009 hatten die christlich-sozialen Abgeordneten formuliert: „Kinderlärm‘ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen sein.“ Auf Betreiben der CSU wurde diese Initiative zum gemeinsamen Ziel von Union und FDP. Mit der Bundestags-Entscheidung vom Donnerstag wird dieses Vorhaben nun Realität.

Energie für die kommenden Generationen

Gemeinsamer Blick nach vorn

Die Beratungen über die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands gehen in die letzte Runde. Über Monate hatten Union und FDP an den besten Antworten auf schwere und ernsthafte Fragen gearbeitet. Die Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien macht gemeinsame Anstrengungen aller notwendig.

Union und FDP halten Wort: Bis Anfang Juni nutzen die Bundestagsabgeordneten der Koalition jede Gelegenheit, um über den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu beraten. Bereits wenige Tage nach der Katastrophe von Fukushima hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigt: Die Entscheidung über die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands wird erst nach einer angemessenen Zeit der Debatte fallen. Als erste der Koalitionsparteien hat nun die CSU ein eigenes Konzept zur Beschleunigung des Umstiegs auf regenerative Energieträger vorgelegt.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte die christlich-liberale Koalition in ihrem Energiekonzept aufgezeigt, wie sie diesen Aufbruch meistern will. Das Papier beinhaltet die erste umfassende Konzeption für die deutsche Energieversorgung seit Jahrzehnten. Die Kernenergie war darin nur noch als Brückentechnologie bezeichnet worden. Nun setzen Union und FDP alles daran, den gemeinsam gewünschten Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu beschleunigen.

Über Wochen berieten die Abgeordneten von Union und FDP in unzähligen Sondersitzungen über diese immense Herausforderung. Dabei herrschte große Einigkeit über das Ziel einer versorgungssicheren, bezahlbaren, risikoarmen und umweltverträglichen Energieversorgung. Für die christlich-liberale Koalition steht allerdings ebenso fest: Ein langfristig tragfähiges Konzept muss auch Antworten auf unangenehme Fragen geben. Intern diskutierten die Parlamentarier daher darüber, wie der zu erwartende Anstieg des Strompreises begrenzt werden könne. Immerhin arbeiten hunderttausende Bürgerinnen und Bürger für Unternehmen in der energieintensiven Wirtschaft. Auch die Fragen nach der künftigen Versorgungssicherheit sowie der CO₂-Bilanz möglicher neuer Kraftwerke werden intensiv bearbeitet.

Union und FDP arbeiten also an einer realistischen Alternative zur heutigen Stromversorgung. Dabei stellen sie sich allen wirtschaftlichen, umweltrelevanten und technischen



Solaranlage auf dem Dach des Bundeskanzleramtes
Quelle: Bundesbildstelle/Bienert

Herausforderungen, die eine Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien mit sich bringt. Die Spitzen der christlich-liberalen Koalition sind sich sicher: Die Fortset-

zung ihrer soliden und verlässlichen Politik wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärken. Das neue energiepolitische Gesamtkonzept der unionsgeführten Bundesregierung wird alle Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit widerlegen.

Für die Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien zählt die christlich-liberale Koalition auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger. Denn klar ist: Nur wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, kann dieses Großprojekt erfolgreich sein. Immerhin handelt es sich beim vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie um eine der wichtigsten politischen Weichenstellungen seit Jahrzehnten. Daher lässt die Koalition keinen Zweifel: Ohne die breite Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger kann und will sie diesen Schritt nicht gehen.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Links und rechts

Der diktaturerfahrene Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, Gregor Gysi, weist die unabhängige Forschung in die Schranken. Eine Studie renommierter Antisemitismus-Experten hatte festgestellt, wie tief der Judenhass in der Linkspartei verankert ist. Diese Nachricht ist für Gysi besonders unangenehm: Einerseits kennt niemand die Partei genauer als er. Der Möchtegern-Kommunist muss also wissen, wie richtig das Forschungsergebnis ist. Andererseits belegt die Studie einmal mehr die sogenannte Hufeisentheorie, nach der sich die Extremisten von Links und Rechts näher sind, als sie es wahrhaben wollen. Gysi konnte also nur so reagieren: „Die in der Studie aufgestellten Behauptungen sind schlicht Blödsinn.“ Seit April ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen einen Linken-Verband, da dieser einen antisemitischen Text im Internet veröffentlichte.

Links und linker

Wenn SPD-Chef Gabriel auf Stimmenfang geht, schreckt er auch vor Schlachtrufen und Ansichten aus dem 19. Jahrhundert nicht zurück: „Kommt zu uns, Genossen!“, rief er den Mitgliedern und Anhängern der Linkspartei zu. Seine Kampagne zur Füllung der ausgehöhlten SPD kennt keine Grenzen: Sogar eine frühere SED-Mitgliedschaft soll beim Wechsel von Links zu Links kein Hindernis sein. Gabriel echauffierte sich in diesem Zusammenhang vielmehr, dass „jedem Straftäter mehr Resozialisierungschancen“ zukämen als ehemaligen SED-Parteigängern. Bezüglich der Führungsebene der Linkspartei bekannte Gabriel frei heraus: „Da gibt es abgesehen von vielen politischen Übereinstimmungen auch persönliche Sympathien.“ Ob Gabriel seinem alten Genossen Oskar Lafontaine beim Wiedereintritt in die SPD auch den Parteivorsitz übergeben würde?

G8-Gipfel stärkt arabische Revolutionen

Linksbündnis vernachlässigt Inhalte

Kurz vor ihrer Abreise zum G8-Gipfel erklärte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag ihre Außenpolitik – eine souveräne Leistung. Die Opposition entlarvte sich dagegen mit skurrilen Auftritten ihrer Frontleute.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel reiste mit klaren Zielen zum G8-Gipfel ins französische Deauville. Unmittelbar vor ihrem Abflug erläuterte Frau Merkel vor dem Deutschen Bundestag, wie sie die deutschen Interessen beim Treffen der acht führenden Wirtschaftsnationen verfolgen werde. Dabei legte die Bundeskanzlerin einen besonderen Schwerpunkt auf die labile politische Situation in Nordafrika. Gleich zu Beginn ihrer Rede, die immer wieder von anhaltendem Applaus unterbrochen wurde, sprach sie ihre Unterstützung für die Freiheitsbewegungen in Arabien aus. Frau Merkel unterstrich einmal mehr die Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Wandels in dieser Region auch für Europa.

Angesichts der in Deauville bevorstehenden Gespräche mit dem japanischen Ministerpräsidenten sprach Frau Merkel auch offen über das Thema Kernkraft. Das verheerende Unglück von Fukushima hatte auf erschreckende Weise vor Augen geführt, welche Risiken die friedliche Nutzung der Kernkraft auch in hoch entwickelten Industrieländern birgt. Daher entschloss sich die christlich-liberale Koalition zu einer Überprüfung aller bestehenden Kraftwerke in Deutschland. Frau Merkel machte in diesem Zusammenhang aber auch deutlich, dass eine auf Sicherheit ausgerichtete Energiepolitik international sein muss. An dieser Stelle zeigte das oppositionelle Linksbündnis einmal mehr sein wahres Gesicht.

SPD, Grüne und Linkspartei verweigerten Frau Merkel ihre Zustimmung zur Forderung nach internationalen Standards für die Sicherheit von Kernkraftwerken. Während Union und FDP anhaltend applaudierten, blieb es in den Reihen der Opposition still. Doch nur wenige Minuten später forderte SPD-Fraktionschef Steinmeier, der Frau Merkel mehrmals heftig angriff, fast wortgleich internationale Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke. Hier applaudierte das Linksbündnis heftig; die Inhalte standen offenbar im Hintergrund. Selten wurde in einer öffentlichen Sitzung so deutlich, wie gut es ist, dass Deutschland auf internationalem Parkett von der christlich-liberalen Koalition vertreten wird.

Haushaltspolitik im Interesse aller Generationen

Nachhaltigkeit statt Knalleffekt

Auch im Aufschwung setzt die unionsgeführte Bundesregierung auf solide Politik: Während das Linksbündnis Ausgaben in Milliardenhöhe fordert, bleiben Union und FDP dem Konsolidierungskurs treu.

Bund, Länder und Kommunen können laut der jüngsten Steuerschätzung bis 2014 mit zusätzlichen Einnahmen von 135,3 Milliarden Euro rechnen. Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge der christlich-liberalen Koalition wirken sich somit auch positiv auf die Steuereinnahmen aus. Für das laufende Jahr gehen die Experten davon aus, dass der Gesamtstaat 17,6 Milliarden Euro mehr Steuern einnimmt als bisher angenommen. Allerdings hat Deutschland noch nicht das Wachstum nachgeholt, das in den letzten Jahren aufgrund der Wirtschafts- und

Finanzkrise ausgeblieben war (siehe Graphik). Die christlich-liberale Koalition hat durch ihr entschlossenes Handeln Deutschland viel schneller aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geführt, als viele erwartet haben. Das spiegelt sich nun auf der Einnahmeseite wieder. Allerdings haben die Stabilisierungsmaßnahmen in der Krise zu einer drastischen Erhöhung des Haushaltsdefizits und der Gesamtstaatsverschuldung geführt. Union und FDP wollen diese weiter konsequent abbauen, um künftigen Generationen eine faire Hinterlassenschaft zu übergeben.

Steuereinnahmen erreichen 2012 wieder das Vor-Krisen-Niveau
Steuerschätzung und Korrektur

